

Bericht und Antrag der GPK¹ zum Geschäftsbericht 2015 des Stadtrats

GR Nr. 2016/118 vom 13. April 2016

1. Einleitung und generelle Bemerkungen

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat im Sinne von Art. 37 Abs. 2 der Gemeindeordnung den Geschäftsbericht des Stadtrats geprüft, sie hat schriftliche und mündliche Fragen gestellt und die Antworten beraten. Mit Ausnahme des Polizeidepartements hat jede Referentin und jeder Referent zudem mit dem für das entsprechende Departement zuständigen Stadtratsmitglied beziehungsweise mit der Stadtschreiberin eine ausführliche Besprechung über das Geschäftsjahr 2015 geführt, in der GPK über das Gespräch Bericht erstattet und zuhanden des vorliegenden Berichts einige Aspekte zusammengefasst.

Die GPK nimmt als ausführendes Organ des Gemeinderats die Oberaufsicht über die Tätigkeit des Stadtrats und der Verwaltung wahr. Hierfür stehen der GPK verschiedene Mittel zur Verfügung:

- Der Geschäftsbericht des Stadtrats ist ein grundlegendes Instrument, um die Arbeit der Exekutive und Verwaltung zu prüfen, allerdings beschränkt sich die GPK selbstverständlich nicht nur auf diese Informationsquelle.
- Die GPK kann in den einzelnen Departementen über das zuständige Stadtratsmitglied Abklärungen tätigen. Dies geschieht oft über den Referenten oder die Referentin. Bei umfangreicheren Geschäften nimmt die GPK entweder in Arbeitsgruppen, Sub- oder Sonderkommissionen oder der Gesamtkommission diese Arbeit wahr.
- Vierteljährlich prüft die GPK anhand der Quartalsberichte der Finanzkontrolle und deren mit der Verwaltung getroffenen Vereinbarungen die Situation in den geprüften Dienstabteilungen.
- Die GPK trifft sich jährlich mindestens einmal mit dem Direktor der Finanzkontrolle, mit der Ombudsfrau halbjährlich und mit dem Datenschutzbeauftragten ein Mal pro Jahr,

¹ Präsident Dr. Bernhard Im Oberdorf (SVP), Vizepräsidentin Christine Seidler (SP), Walter Anken (SVP), Renate Fischer (SP), Urs Helfenstein (SP), Simon Kälin (Grüne), Maleica Landolt (GLP), Michail Schiwow (AL), Michael Schmid (FDP), Claudia Simon (FDP), Jonas Steiner (SP)

ausser es liegen besondere datenschutzrechtliche Fragen vor, was dann einen intensiveren Austausch zur Folge hat. Zwischen den Treffen geht die GPK Hinweisen aus den erwähnten Stellen im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit nach.

Die GPK berichtet in einem separaten Bericht Anfang Jahr über ihre Tätigkeit. Vom Bericht zum Jahr 2015 vom 10. Februar 2016 (GR Nr. 2016/48) hat der Gemeinderat am 9. März 2016 Kenntnis genommen.

2. Geschäftsbericht des Stadtrats von Zürich

Die GPK hat den Geschäftsbericht des Stadtrats in einem mehrstufigen Verfahren geprüft.

Die GPK-Mitglieder führten wenn möglich nach einer ersten Lektüre des Geschäftsberichts mit den Vorstehenden ihrer Referatsdepartemente ein Gespräch, bevor sich die gesamte GPK zur ersten Beratung des Geschäftsberichts traf.

Die GPK hat sich in einem ersten Schritt zu einer halbtägigen Sitzung getroffen und den Geschäftsbericht Kapitel für Kapitel beraten. Sie hat Fragen zusammengetragen, soweit diese vom zuständigen Referenten oder der zuständigen Referentin aufgrund des Departementgesprächs nicht schon beantwortet werden konnten. Die noch offenen Fragen wurden mehrheitlich schriftlich bei den Departementen eingereicht. Vereinzelt haben die Referenten und Referentinnen dem zuständigen Stadratsmitglied mündlich gestellt und umgehend mündlich oder teilweise nachträglich schriftlich Antwort erhalten.

Die Beratung der Antworten im Rahmen der zweiten Lesung gab Anlass zu wenig Rückfragen.

Wie im Vorjahr waren für die GPK mit der dritten Lesung alle Fragen genügend beantwortet, so dass im Rahmen der Beratung des Geschäftsberichts 2015 keine weiteren Rückfragen mehr gestellt wurden.

Die GPK schätzt die im Bericht stellenweise sichtbaren Bemühungen, konkrete Informationswünsche oder Hinweise zur besseren Verständlichkeit aus früheren Jahren aufzunehmen. Nach wie vor wünscht sich die GPK im Geschäftsbericht des Stadtrats aber eine kritischere Darstellung der städtischen Verwaltungstätigkeit, die auch Nichterreichtes, Verbesserungswürdiges oder Risiken beleuchtet. Damit würde der Nutzen für die parlamentarische Aufsicht erhöht.

2.1 Allgemeine Verwaltung

Im Berichtsjahr 2015 wurde die Stadt nicht zuletzt durch die Flüchtlings- und Währungsproblematik (Frankenstärke) besonders gefordert. Angesichts der dramatischen Situation hat der Stadtrat das bestehende Engagement für Flüchtlinge erweitert und zusätzliche Massnahmen vorgestellt.

Im Raum Zürich setzte die Frankenstärke seit Jahresbeginn insbesondere der Industrie, dem Detailhandel und dem Gastgewerbe stark zu. So waren die neuen Aufträge in der Industrie im Kanton Zürich rückläufig; der Detailhandel erlebte einen Einbruch der Kundenfrequenz bei einer andauernd instabilen Preisentwicklung.

Die Stadt Zürich ist attraktiv und kann in den vergangenen Jahren trotz internationaler wirtschaftlicher Turbulenzen erfreulicherweise auf eine erfolgreiche Entwicklung zurückblicken. Diese soll sich auch in Zukunft fortsetzen. Eine attraktive, wachsende Stadt muss sich jedoch zusehends nicht nur kommunalen sondern auch nationalen, manchmal globalen Herausforderungen stellen. Der Stadtrat hat dafür, wie angekündigt, von Legislatorschwerpunkten abgesehen und stattdessen die langfristigen Herausforderungen der Stadt in den «Strategien 2035» gebündelt. Daraus abgeleitet hat er sechs strategische Schwerpunkte festgelegt.

Die identifizierten Herausforderungen hat der Stadtrat in den Handlungsfeldern «Attraktiver Wirtschaftsstandort», «Stabile öffentliche Finanzen», «Nachhaltiges Wachstum», «Solidarische Gesellschaft», «Nachhaltige Energie und Schutz der Umwelt», «Digitale Stadt», «Kooperative Interessensvertretung» und «Interne Organisation» gebündelt. In diesen Hand-

lungsfeldern geben 25 strategische Ziele Lösungsansätze vor, an denen die Stadt Zürich ihr Handeln langfristig ausrichtet. Sie reichen von einer diversifizierten Branchenstruktur für den Wirtschaftsstandort über langfristig stabile öffentliche Finanzen, sozial- und umweltverträgliche bauliche Verdichtung, Befriedigung der zusätzlichen Mobilität mit öffentlichem Verkehr, Fuss- und Veloverkehr, Unterstützung der Gesundheit der Bevölkerung und Berücksichtigung lokaler Potenziale erneuerbarer Energien bis zur Chancengerechtigkeit für Jugendliche und junge Erwachsene. Auch sich selber und die Verwaltung nimmt der Stadtrat in die Pflicht, zum Beispiel mit dem Ziel, dass Strukturen und Prozesse der Verwaltung optimal auf ihre Aufgaben ausgerichtet sind.

Für die Umsetzung der Lösungsansätze hat der Stadtrat im Oktober des Berichtsjahrs sechs Strategie-Schwerpunkte festgelegt: Tagesschulen, Veloinfrastruktur, Industrie- und Gewerbepark, preisgünstige Wohnungen, Nachtleben und Kinderbetreuung sind die aus den «Strategien Zürich 2035» abgeleiteten Themenfelder, in denen der Stadtrat seine Aktivitäten verstärken und fokussieren wird.

Ein Markstein war die Inkraftsetzung der Teilrevision der kantonalen Bürgerrechtsverordnung, bei der neu auch ein Sprachtest als auch Grundkenntnisse der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Schweiz, im Kanton Zürich und in der Stadt Zürich als Kriterien zur Einbürgerung verlangt werden.

Im Hinblick auf das Einbürgerungsgespräch, in dem diese Grundkenntnisse geprüft werden, wird den Gesuchstellenden seit Anfang 2015 eine Broschüre ausgehändigt. Im Laufe des Jahres zeigte sich, dass das Niveau sowohl der Broschüre wie auch weiterer Unterlagen der Einbürgerungsabteilung für einen Teil der Gesuchstellenden sprachlich zu anspruchsvoll war. Versuchsweise wurden daher in einem ersten Schritt einzelne Merkblätter in sogenannt «Leichte Sprache» übersetzt. Dieses Sprachniveau entspricht den durchschnittlichen (wie auch geforderten) Deutschkenntnissen der Gesuchstellenden besser und erfüllt darüber hinaus den Auftrag einer barrierefreien Informationsvermittlung auch für Menschen mit Lese- oder Lernschwierigkeiten und ältere Menschen mit Seheinschränkungen.

Aufgrund der positiven Erfahrungen und Rückmeldungen werden nun alle wesentlichen Unterlagen in die «Leichte Sprache» übersetzt. Auch der Internetbereich zum Thema Einbürgerungen wurde in «Leichter Sprache» neu aufgesetzt und mit den neuen Materialien bestückt. Dadurch kann der Aufwand am Schalter wie auch am Telefon reduziert werden.

2.2 Präsidialdepartement (PRD)

Im Gespräch der Referentin mit der Stadtpräsidentin sowie der Departementssekretärin und dem Departementssekretär wurden bereits vor der Behandlung in der GPK einige Fragen zu Kulturinstitutionen und Gleichstellungsthemen besprochen und beantwortet.

Die GPK legte dieses Jahr in den Rückfragen den Fokus auf die Wirtschaftsförderung und die Stadtentwicklung, da sie bei der ersten Lesung der Meinung war, dass Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung im Geschäftsbericht eher marginal behandelt wurden. Das Präsidialdepartement präziserte in der Folge, dass der Begriff «Stadtentwicklung» als Titel über den vier Bereichen Stadt- und Quartierentwicklung, Integrationsförderung, Wirtschaftsförderung und Aussenbeziehungen stehe. Die Wirtschaftsförderung beinhalte auch die Treffen des Stadtrats mit den Wirtschaftsverbänden und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die KMU. Die Wirtschaftsförderung der Stadt Zürich setze sich wie die GZA (Greater Zurich Area) für die Bestandespflege von Unternehmen, der Standortförderung und der Clusteraktivitäten ein. Zu Letzteren gehörten innovative und zukunftssträchtige Branchen wie Life Sciences, Präzisionstechnologie, Maschinenindustrie, Clean-Tech, Informations- und Kommunikationstechnologie.

2.3 Finanzdepartement (FD)

Das Gespräch des GPK-Referenten mit dem Vorsteher des Finanzdepartements fand im Anschluss an die diesjährige Klausursitzung zur Aufnahme der Beratung des Geschäftsberichts statt.

Die GPK verfolgt mit Interesse verschiedene mehrjährige Projekte, in welchen im Berichtsjahr Fortschritte erzielt wurden: Mit der Konkretisierung des totalrevidierten Gemeindegesetzes in einer Verordnung und weiteren Ausführungsbestimmungen werden für die Regie-

rungs- und Verwaltungstätigkeit wichtige Leitplanken neu gesetzt. Entsprechend bedeutsam ist die sorgfältige Umsetzung in der Stadt Zürich, welche sowohl stadintern als auch durch die Vertretung im HRM2-Fachgremium zur Operationalisierung der neuen Rechnungsvorschriften vorangetrieben wurde. Sodann begrüsst die GPK den Start der Konzeptphase der HR-Strategie und die Weiterführung der Arbeiten in verschiedenen Handlungsfeldern. Die künftige Attraktivität der Stadt Zürich als Arbeitgeberin und die fortgesetzte Erbringung von qualitativ hochstehenden Leistungen zu Gunsten der Stadt Zürich und ihrer Bevölkerung hängen massgeblich von der erfolgreichen Ausgestaltung und Umsetzung der HR-Strategie ab.

Die GPK setzt sich weiterhin mit komplexen Fragestellungen aus verschiedenen Departementen und Dienstabteilungen im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens auseinander. Sie unterstützt die Bemühungen für den Aufbau eines übergeordneten Beschaffungs-Controllings, wobei die Möglichkeiten und Grenzen der Begleitung der Dienstabteilungen richtigerweise sorgfältig auszuloten sind. Die GPK begrüsst die Erarbeitung entsprechender städtischer Grundlagen wie beispielsweise in der Anwendung von § 10 SVO (Ausnahmetatbestand der Submissionsverordnung des Kantons Zürich).

Bereits im vorangehenden Berichtsjahr hat sich abgezeichnet, dass das Projekt «17/0, Leistungsüberprüfung» nicht alle ursprünglichen Erwartungen erfüllen kann. Die GPK nimmt zur Kenntnis, dass der Stadtrat 2015 entschieden hat, das Projekt zu beenden und die Fortsetzung der noch laufenden Projekte an die Departemente zu delegieren. Weitere Anstrengungen werden nötig sein, um die strukturellen Herausforderungen zu bewältigen.

2.4 Polizeidepartement (PD)

Mehrere Fragen des Referenten konnten bereits im Gespräch mit den zwei Departementssekretären geklärt werden oder die Antworten wurden später nachgereicht. Weitere Fragen aus der GPK wurden termingerecht beantwortet.

Das Bedrohungsmanagement bezweckt die Verhinderung von schweren Gewalttaten. Eskalations- oder Gefährdungspotential soll frühzeitig erkannt und mit entsprechenden Mass-

nahmen entschärft werden. Der Datenschutzbeauftragte Marcel Studer war mit dem PD bezüglich Bedrohungsmanagement intensiv im Austausch, denn es geht darum, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen. Der Datenschutzbeauftragte war auch an der Beratung der GPK zu diesem Thema anwesend. Im November 2015 hat die GPK einen ersten Entwurf zur Verordnung über das Bedrohungsmanagement bekommen. Dieses Thema wird die GPK auch im Jahre 2016 noch weiter intensiv beschäftigen.

Die GPK setzte sich auch im mit der Frage auseinander, was genau ein ICoP (Facebook Polizist) ist und wie er die Trennung zwischen Privatleben und Beruf handhabt. Weil die Trennung zwischen Privatleben und Beruf relativ schwierig ist, wird diese Aufgabe bei der Stadtpolizei mit zwei Teilzeitstellen erledigt. Das PD stellte der GPK einen Bericht aus einem Polizeijournal zur Verfügung, der den Job des ICoPs genau beschreibt.

Die GPK befasste sich bei Schutz und Rettung mit der Einsatzbekleidung der Mitarbeitenden im Rettungsdienst, indem sie wissen wollte, wie die Evaluationsphase vor sich ging. Dabei ergab sich, dass keine Firma Materialien anbieten konnte, die den Anforderungen in der Ausschreibung genügten. Mit der gewählten Firma wurden Modifikationen und Weiterentwicklungen vorgenommen, damit die geforderte Qualität erreicht werden konnte. Andere Rettungsorganisationen interessieren sich ebenfalls für die neue Bekleidung und haben entsprechende Anfragen gemacht, was für deren Qualität spricht.

Alle Fussgängerstreifen der Stadt Zürich werden im Rahmen des Projekts «Zebra Safari» auf ihre Sicherheit überprüft. In diesem Zusammenhang interessierte die GPK, ob auch die Studie des Bundes von Interesse sei und wie die Erfassung der Daten genau abläuft. Auf Stadtgebiet werden rund 3000 Fussgängerstreifen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtpolizei erfasst. Eine schnelle Erfassung und Auswertung dieser Daten würde zusätzliches Personal und damit Kosten verursachen. Einfache Verbesserungen an den Fussgängerstreifen für die Sicherheit konnten dank dieser Daten bereits realisiert werden. Auch dieses Projekt wird im Jahr 2016 fortgesetzt.

2.5 Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD)

Bei der Besprechung des Geschäftsberichts mit der Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements sowie zwei ihrer Mitarbeitenden wurden einzelne Aspekte und Fragenkomplexe angesprochen und vertieft.

Die GPK erkundigte sich im Zusammenhang mit den Asylzentren nach dem Umgang mit der Problematik der Kriegstraumata. Asylsuchende des Asylzentrums Juch mit gesundheitlichen Problemen werden in der allgemeinmedizinischen Sprechstunde des Ambulatoriums Kantonengasse medizinisch behandelt. Für die anderen Asylzentren in der Stadt hat die AOZ die medizinische Versorgung via sogenannte Gate-Ärzte und Ärztinnen organisiert. Asylsuchende Kinder werden medizinisch direkt durch die Kinderheilkunde im Stadtspital Triemli behandelt. Im Bereich der psychischen Traumata gibt es keine spezifischen Behandlungen.

Vor dem Hintergrund der jährlich stark ansteigenden Eintritte in die Notfallstationen der Stadtspitäler Triemli und Waid erkundigte sich die GPK nach den Erfahrungen mit der Triage beim Stadtspital Waid. Diese bewährt sich bestens und hatte 2015 zur Folge, dass von den ca. 25 000 Notfallaufnahmen 8000 Patientinnen und Patienten, das entspricht 32 Prozent, zur Entlastung direkt in die Notfallpraxis weiter verwiesen werden konnten. Die Aufenthaltszeit im ambulanten Bereich konnte insbesondere durch die Reduktion von Wartezeiten halbiert werden. Beim Stadtspital Triemli gibt es keine Struktur zur gezielten Entlastung der Notfallstation.

Die GPK erkundigte sich zur Entwicklung bei den Spitalinfektionen, insbesondere zur Situation bei multiresistenten Keimen und Präventionsmassnahmen. Die häufigsten Spitalinfektionen sind postoperative Wundinfektionen, Pneumonien, Blutbahninfektionen ausgehend von einem intravenösen Katheter und Harnwegsinfektionen. Beim Stadtspital Waid sind die postoperativen Infektionsraten basierend auf den im Rahmen der Swissnoso-Messung erfassten Zahlen stabil, sie liegen tendenziell unter dem gesamtschweizerischen Benchmark. Beim Stadtspital Triemli konnte in den letzten Jahren bei den postoperativen Wundinfektionen in der Herzchirurgie und der Viszeralchirurgie eine kontinuierliche und signifikante Reduktion der Infektionszahlen festgestellt werden. Im Zusammenhang mit multiresistenten Keimen

wird die Entwicklung der Resistenzdaten für beide Spitäler im bakteriologischen Labor des Triemli-Spitals regelmässig analysiert. Eine wesentliche Veränderung der Resistenzlage wurde in den letzten Jahren nicht beobachtet. Extremresistente Bakterien wurden nur sehr vereinzelt beobachtet - bisher stammen sie fast ausschliesslich von Patientinnen und Patienten, die in Spitälern in Risikoländern behandelt und dort kolonisiert respektive infiziert wurden.

In den Pflegezentren Zürich (PZZ) wird seit 2015 ein Melderegister für wichtige Infektionskrankheiten und für die Erfassung von multiresistenten Keimen geführt. Da sich das Register noch im Aufbau befindet, sind keine früheren Vergleiche möglich. Im Winter 2015/16 waren 32 Abteilungen vom Noro/Rotavirus betroffen. Im Vergleich zum Vorjahr waren Ausbreitung und Dauer geringer, was als Erfolg der ergriffenen Hygienemassnahmen und Schulungen gewertet wird. Präventiv liegt auch in den PZZ ein Fokus bei der Hygiene, insbesondere bei der Händehygiene. So wurden beispielsweise als Ergänzung zu den fix installierten Spendern im Haus Kittelflaschen für Ärzte und Pflegende eingeführt.

2.6 Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED)

Im Anschluss an den Besuch beim Vorsteher zur Vorstellung des Geschäftsberichts und der ersten Lesung durch die GPK wurden alle sechzehn schriftlich eingereichten Fragen fristgerecht und zur vollsten Zufriedenheit der GPK beantwortet, sodass keine weiteren Rückfragen eingereicht werden mussten. So fragte der Referent beispielsweise nach, wie die internen und externen Auftragszahlen des 3-D-Printers der Abteilung «Geomatik + Vermessung» lauten oder wie der auf Seite 199 erwähnte Aktionsplan zur Bekämpfung invasiver Neophyten aussehe, der ab 2016 zur Anwendung kommen soll.

Auf die erste Frage antwortete das TED, dass weit weniger Aufträge ausgelöst wurden als ursprünglich angenommen, worauf die Geschäftsleitung Ende 2015 entschieden habe, diese Dienstleistung nicht mehr anzubieten. Was die Bekämpfung von Problempflanzen angeht, war Grün Stadt Zürich (GSZ) schon länger aktiv. Jedoch erfolgen seit 2016 neu Massnahmen, um auch Nicht-GSZ-Flächen zu erreichen. Der «Aktionsplan Neophyten» basiert auf den vier Säulen Bekämpfung, Monitoring, Koordination sowie Prävention und Information.

Die im Geschäftsbericht erwähnten Versäumnisse beim Bau des Logistikzentrums Hagenholz werden von einer Sonderkommission der GPK untersucht.

2.7 Hochbaudepartement (HBD)

Im Rahmen des diesjährigen Geschäftsberichts des Hochbaudepartements, hat die GPK zu vielen Themen Informationen eingeholt.

Das Departement hat im Projekt «Kostenklarheit» sein Controlling System vorgestellt und einige Massnahmen erklärt, die im Rahmen des Programms ergriffen werden und die kostensenkend auf die Planungs- und Bauprozesse einwirken. Warum die Stadt nicht das gängige Programm BIM (Building Information Modelling) eingeführt hat, wurde damit begründet, dass dieses noch mit Kinderkrankheiten zu kämpfen habe. Für das weitere Greifen der Massnahmen wird eine gründliche Kontrolle und Dokumentierung aller Prozesse nötig sein.

Die Aussage der Verwaltung erstaunt, es könnten zum Thema Rechtsmittelverfahren keine Statistiken aufbereitet werden, die über den Zeitraum der letzten fünf Jahre hinaus zurückreichen, da bis dann keine Daten protokolliert wurden. Gerade wenn es um Rechtsmittelverfahren geht, erscheint dieser Mangel schwer nachvollziehbar. Die GPK wünscht sich, dass die Dokumentierung der Rechtsmittelfälle so weitergezogen wird, wie sie vor fünf Jahren begonnen wurde. Wir erfahren ausserdem aus dem Geschäftsbericht, dass die Stadt 2015 in ca. 20 Prozent mehr Rechtsmittelverfahren involviert war als in den Vorjahren. Das Amt für Baubewilligungen (AfB) konnte der GPK diese Zunahme nicht erklären.

Da es im HBD mehrere Kommunikationsabteilungen gibt, wollte die GPK wissen, wie Doppelspurigkeiten vermieden werden. Das Departementssekretariat erklärt dazu, dass die Kommunikation im HBD als Matrix aufgebaut ist und eine gemeinsame Kommunikationsplanung über das Departementssekretariat stattfindet. Durch diese zentrale Steuerung sollen Doppelspurigkeiten vermieden werden.

Im Zuge einer Verlagerung der Informationspolitik auf digitale Medien werden Anfragen oft online bearbeitet. Die Stellenprozente des inzwischen geschlossenen Infodesks wurden intern verlagert. Anfragen können nun per Mail und Telefon oder auf der Website beantwortet werden.

Die Gratis-Stadtführungen, die das Amt für Städtebau (AfS) durchführt, sind sehr gut besucht. Einige Anfragen nach Führungen mussten im Jahr 2015 sogar abgelehnt werden. Trotzdem möchte die Stadt diese weiterhin kostenlos durchführen und das Angebot nicht weiter ausbauen.

Die Teilrevision der Sonderbauvorschriften in Neu-Oerlikon wurde sistiert. Auf die Frage der GPK nach den Gründen dafür, erklärte das AfS, dass die Überbaumöglichkeiten in Absprache mit den Grundeigentümern neu geprüft werden und die Sonderbauvorschriften eventuell dementsprechend angepasst werden müssen. Die entsprechende Weisung liegt mittlerweile vor.

Die Stadt hat im Geschäftsbericht und in den Antworten auf die Fragen der GPK zum Lohndumping bei Partnern der Stadt ausgeführt, wie sie dagegen vorgeht: Die Werkverträge mit der Stadt enthalten alle nötigen Bestimmungen, um Lohndumping auf rechtlicher Ebene zu vermeiden, unter anderem eine Klausel, nach der die Partnerfirmen keine Subunternehmen einstellen dürfen. Zusätzlich ist die Stadt in nationalen Gremien vertreten, die generell gegen das Problem vorgehen.

Die Entwicklungen im Bereich nachhaltiges Bauen verlaufen zufriedenstellend. Das Amt für Hochbauten (AHB) erklärte der GPK die Entwicklung des Einsatzes von erneuerbaren Energien bei Instandsetzungen und Neubauten.

Das Projekt «Massnahmen zur Vereinfachung und Beschleunigung von Baubewilligungsverfahren» ist erfolgreich abgeschlossen worden. Das Verfahren wurde durch 50 ausgewählte effizienzfördernde Massnahmen angepasst. Zwar zeigen sich vorerst noch keine Wirkungen bezüglich der Zeiteffizienz in Bewilligungsverfahren und es werden immer noch ein Drittel

der Bewilligungsverfahren nach Ablauf der Frist beantwortet, aber es wird erwartet, dass die Massnahmen ca. 2017 zu greifen beginnen, sobald sich eine Mehrzahl der Bewilligungsverfahren in Bearbeitung befindet, die nach dem neuen System abgehandelt werden.

2.8 Departement der Industriellen Betriebe (DIB)

Im Februar 2010 beschloss der Gemeinderat einen Forschungsschwerpunkt «Mehr Energieeffizienz im Zürcher Alltag» einzurichten und für die Jahre 2010 bis 2020 mit 10 Millionen Franken zu alimentieren. Ziel der Energieforschung Stadt Zürich ist es, bei Erneuerung von Gebäuden eine höhere Energieeffizienz zu erreichen, den Anteil erneuerbarer Energien zu erhöhen und einen Beitrag zur Suffizienz im Energieverbrauch zu leisten. Wir sind nun in der Halbzeit. Was wurde bis jetzt erreicht?

Gemeinsam mit den Universitäten entwickelte das EWZ sieben Cluster zu Erneuerungsstrategien. Für den Cluster «Haushalt» wurden theoretische Grundlagen mit dem Wirkungsmodell «Können»-«Wollen»-«Tun» und deren Wirkungspotenziale erarbeitet, und ein Feldversuch konnte erfolgreich durchgeführt werden.

Das EWZ hat neue Führungs- und Verhaltensleitsätze entwickelt, die wir einsehen wollten. Insbesondere interessierten die Aussagen zur Zusammenarbeit, welche wie folgt festgelegt wurden: «Ich begegne anderen freundlich, respektvoll und fair» und «Ich suche den Austausch mit anderen».

Fragenschwerpunkt im Bereich der VBZ war hier die Umsetzung des hindernisfreien Zugangs an ÖV-Haltstellen für Bus und Tram. Diese müssen gemäss Behindertengleichstellungsgesetz bis 2024 umgebaut sein. Laut Umsetzungsstudie der VBZ war Ende 2014 an 103 Tramhaltestellen von 182 ein stufenfreier Einstieg möglich. Bushaltestellen sind zu rund 60 Prozent umgebaut.

Bei der Wasserversorgung fiel die verhältnismässig hohe Anzahl an Rohrbrüchen auf. Erklärt wird dies mit der langen, sehr trockenen Wetterperiode, was zu Bodenbewegungen führte und damit die unter hohem Wasserdruck stehenden Rohre gefährdete. Die Erneuerungsquo-

te des Wasserrohrbestandes in der Stadt Zürich liegt bei ca. 2 Prozent, was über dem Branchenschnitt von ca. 1,5 Prozent liegt.

2.9 Schul- und Sportdepartement (SSD)

Die Besprechung des Geschäftsberichts 2015 mit dem Vorsteher des SSD sowie mit beiden Departementssekretären fand noch vor der ersten Lesung durch die GPK statt. Im Gespräch wurden verschiedene Aspekte des Geschäftsberichts aufgegriffen und zu einzelnen Themen Rückfragen gestellt. Unter anderem wurden folgende Punkte während des Gesprächs erläutert:

Beim Schulamt führte die Kantonalisierung der Lehrpersonen mit kleinen Pensen, die bisher bei der Stadt angestellt waren, zu einem Rückgang der im Bericht ausgewiesenen Stellenwertäquivalente. Die vom Kanton angestellten Lehrpersonen, die in den städtischen Schulen unterrichten, werden im Geschäftsbericht des Stadtrats nicht ausgewiesen.

Die Wartezeit für einen Therapieplatz in der Logopädie beträgt zurzeit 6 Monate. Bei der Psychomotorik ist mit einer Wartezeit von 5,4 Monaten zu rechnen.

Die aufgrund eines gemeinderätlichen Vorstosses implementierte zentrale Vergabe der Sporthallen wurde umgesetzt. Die ersten Rückmeldungen von Nutzerinnen und Nutzern dieses Angebots sind positiv. Es wird geschätzt, dass die Hallenbelegung nun jederzeit ersichtlich ist und die Tarife transparent sind. Optimierungspotential gibt es gemäss SSD noch bei der Meldung von Hallensperrungen durch die Schulen und bei der Kundenfreundlichkeit des Internetauftritts.

Im Rahmen des städtischen Projekts «ZOOM» (Zürich Optimized Output Management) übernimmt die Schul- und Büromaterialverwaltung die Auslieferung von Material wie Toner und Papier für die städtischen Kopierer, Drucker und Multifunktionsgeräte. 2015 wurden mehrere grosse Dienstabteilungen ins Projekt aufgenommen. Dies widerspiegelt sich im starken Anstieg der von der Schul- und Büromaterialverwaltung ausgelieferten Supplies. Im

laufenden Jahr sollen auch die restlichen städtischen Dienstabteilungen ins Projekt «ZOOM» integriert werden.

Bei der Fachschule Viventa informierte sich die Referentin über den Stand des Projekts «15+», welches Schülerinnen und Schülern, die eine sonderpädagogische Schule besucht haben, den Einstieg ins Berufsleben erleichtern soll. Ebenfalls thematisiert wurde die publizierte Quote der Anschlusslösungen für Jugendliche nach dem Berufsvorbereitungsjahr. Weitere Aspekte wie die Organisationsentwicklung der Fachschule Viventa wurden ausführlich besprochen und werden von der GPK im Rahmen ihrer ordentlichen Tätigkeit behandelt.

Des Weiteren informierte sich die GPK im Rahmen der Lesung des Geschäftsberichts über die Bildung des städtischen Sonderstabs zur Flüchtlingsproblematik und über die Arbeit der Fachstelle für Gewaltprävention, insbesondere bezüglich der Entwicklungen in Bezug auf Radikalisierung/Radikalismus. Ausserdem setzte sich die GPK mit dem Konzept der psychosozialen Gesundheit im schulischen Kontext, welches die Schulgesundheitsdienste entwickelt haben, auseinander.

Einzelne GPK-Mitglieder bemängelten, dass der Bereich der erschwerten Lern- und Verhaltensvoraussetzungen im Bericht des SSD eine breite Plattform erhält, während die ebenfalls vom SSD angebotene Begabungsförderung nicht erwähnt wird.

2.10 Sozialdepartement (SD)

Im Gespräch mit dem Vorsteher des Sozialdepartements und den Departementssekretärinnen konnten diverse Fragen und Unklarheiten im Zusammenhang mit den Ausführungen oder tabellarischen Darstellungen im Geschäftsbericht geklärt werden, unter anderem bezüglich:

Bei der Fallführung und Dokumentation orientiert sich die KESB an der gängigen Praxis der Gerichte. Die KESB führt zu jedem Fall ein Papierdossier, das alle Aktenstücke enthält. Die Dokumente werden nummeriert und in einem elektronischen Verzeichnis mit einer Bezeichnung geführt. Ebenfalls werden alle Entscheide der KESB zum konkreten Fall im jeweiligen

Dossier chronologisch abgelegt. Die Verantwortung für die Dossier-Führung liegt beim jeweilig zuständigen Behördenmitglied.

Die KESB verfügt zusätzlich über eine Geschäftsverwaltungssoftware. Darin werden die Dossiers mit den Angaben zu den Personen und getroffenen Massnahmen der KESB erfasst. Sämtliche Dokumente werden dort elektronisch erfasst. Gemäss den aktuellen gesetzlichen Grundlagen muss die KESB die Akten in Papierform führen. Die elektronischen Akten sind als Ergänzung zulässig, aber nicht vorgeschrieben. Die Papierform ist insbesondere notwendig, sei es für die Akteneinsicht seitens Rechtsanwälten/-innen, oder wenn die Akten bei Rechtsmittelverfahren den Gerichten zugestellt werden müssen.

Neu bietet das Laufbahnzentrum mit den städtischen Schulen Nachmittagspraktika für Jugendliche in der 2. Sekundarschule an. Die Ziele der Nachmittagspraktika sind das Kennenlernen der Arbeitswelt sowie durch die Arbeitserfahrung Sozialkompetenzen wie Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und Umgangsformen zu erweitern. Erfahrung wird gesammelt in Bezug auf eine regelmässige Tagesstruktur. Das Selbstvertrauen wird durch Erfolgserlebnisse gestärkt, was die Motivation erhöht, sich auf den Berufswahlprozess einzulassen. Zur Zeit gibt es rund 100 Praktika-Stellen (Ausbau auf 170 geplant). Sie umfassen in der Regel drei Stunden pro Woche für die Dauer von drei bis sechs Monaten. Die Jugendlichen verrichten alltägliche, einfachere Arbeiten wie beispielsweise: Mithilfe im Service, Botengänge, Verpackungs-, Unterhalts-, Reinigungsarbeiten, etc. Es handelt sich meistens um wiederkehrende Tätigkeiten. Die Jugendlichen erhalten dafür ein Entgelt (CHF 5 pro Stunde). Einsatzbetriebe sind beispielsweise: Detailhandelsbetriebe, Alterszentren, Krippen, Gastronomiebetriebe, Velogeschäfte, Goldschmiede, das EWZ, Coiffeur, Maler, Schwimmbäder, Kirchgemeinden, Grün Stadt Zürich, Gemeinschaftszentren.

3. Abschreibungsanträge Postulate

Gemäss Art. 95 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats prüft die GPK die Berichte des Stadtrats zu den Postulaten und stellt anlässlich der Ratsdebatte zum Geschäftsbericht Antrag auf Abschreibung der Postulate oder Ergänzung der Berichte.

Der Gemeinderat hat am 18. September 2013 einen Beschlussantrag (GR Nr. 2013/314) überwiesen, worin eine Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderats zur Neuregelung der Prüfung und Abschreibung von Postulaten verlangt wurde. Mit Beschluss vom 15. April 2015 (GR Nr. 2015/50) hat der Gemeinderat vom diesbezüglichen Bericht einstimmig Kenntnis genommen und den Beschlussantrag als erledigt abgeschrieben.

Wie bisher lud die GPK auch in diesem Jahr die ursprünglichen Postulatseinreichenden – oder, falls diese nicht mehr im Rat sind, deren Fraktion – ein, zum Abschreibungsantrag Stellung zu nehmen. Das einzige Kommissionspostulat wurde der entsprechenden Kommission vorgelegt. Bei Postulaten aus Fraktionen, die nicht mehr im Gemeinderat vertreten sind, beriet die GPK den Abschreibungsantrag ohne weitere Konsultationen. Im Gegensatz zu früher werden die Stellungnahmen nun den Vorsitzenden der Fraktionen oder Parlamentsgruppen eingereicht, welche für die interne Verteilung und den Rücklauf besorgt sind. Das gesamte Geschäft wurde nur noch auf elektronischem Weg abgewickelt.

Der Rücklauf der Stellungnahmen war dieses Jahr lückenlos, auch dank der Unterstützung durch die Fraktionspräsidenten. Insgesamt wurde in 110 (Vorjahr 110) Fällen Zustimmung zum stadträtlichen Abschreibungsantrag mitgeteilt, während in 91 (97) Stellungnahmen begründet wurde, warum der Abschreibungsantrag nicht gutgeheissen werden solle.

Die GPK prüfte die Stellungnahmen, behielt sich aber auf Grund der Prüfung des Sachverhalts und aller vorliegenden Informationen vor, dem Gemeinderat einen abweichenden Antrag (in der Praxis in der Regel einen Antrag auf Abschreibung) zu stellen. Die diesjährigen Anträge erfolgen einstimmig und im Sinne der Stellungnahmen aus dem Parlament.

4. Motionen

Motionen, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Erfüllung überwiesen werden, sind gemäss Art. 92 der Geschäftsordnung des Gemeinderats innerhalb von zwei Jahren nach Überweisung zu erfüllen, respektive ist dem Gemeinderat eine entsprechende Weisung vorzulegen. Der Stadtrat kann drei Monate vor Ablauf der Frist um eine Erstreckung um höchstens zwölf Monate ersuchen. Der Gemeinderat seinerseits kann, wenn er die Beurteilung

des Stadtrats nicht teilt, eine Nachfrist von drei bis zwölf Monaten zur Vorlage der verlangten Anträge einräumen. Solange der Gemeinderat dem Stadtrat keine Nachfrist setzt, ist für den Stadtrat eine Motion erledigt. Die Motion lebt für den Stadtrat erst dann wieder auf, wenn der Gemeinderat die erwähnte Nachfrist setzt. Wie lange der Gemeinderat Zeit für eine Nachfristsetzung hat, ist in der Geschäftsordnung nicht geregelt.

Der Stadtrat hat im Berichtsjahr zu allen fälligen Motionen fristgerecht Antrag an den Gemeinderat gestellt.

5. Dank

Die GPK bedankt sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für den grossen Einsatz. Dem Stadtrat, der Stadtschreiberin, dem Rechtskonsulenten des Stadtrats sowie den Departementssekretärinnen und -sekretären dankt die GPK überdies für die gute Zusammenarbeit.

6. Detailanträge

Die nachfolgenden Postulate werden nach Prüfung durch die GPK zur Abschreibung, respektive zur Nichtabschreibung empfohlen.

Legende zu den Abschreibungsanträgen des Stadtrats

Ja = Die GPK ist mit dem Abschreibungsantrag des Stadtrats einverstanden.

Nein = Die GPK ist mit dem Abschreibungsantrag des Stadtrats nicht einverstanden.

Allgemeine Verwaltung / STS:

Keine Abschreibungsanträge

Präsidialdepartement:

POS 2006/000314	12.07.2006 27.09.2006	Di Concilio Salvatore und Schönbächler Robert Migrationsmuseum, Bericht über eine allfällige Errichtung
--------------------	--------------------------	--

NEIN

POS 2008/000024	16.01.2008 30.01.2008	Weibel Waser Esther und Reimann Beatrice Museumskonzept, Berücksichtigung der Migration
--------------------	--------------------------	--

NEIN



18 / 37

POS 2009/000566	02.12.2009 11.12.2009	Angst Walter und Glättli Balthasar Öffentlichkeitsprinzip, Überprüfung des Einsatzes der Kommunikations- Ressourcen zur raschen und umfassenden Umsetzung
NEIN		
POS 2010/000250	09.06.2010 19.12.2012	Regli Daniel und Scheck Roland Stadtentwicklung Zürich, Optimierung und Verschlanung der Gremien
JA		
POS 2011/000161	18.05.2011 16.01.2013	Savarioud Marcel Areal des ehemaligen Militärflugplatzes Dübendorf, Erhalt als strategische Landreserve für Sondernutzungen im Interesse der gesamten Bevölkerung
NEIN		
POS 2011/000430	16.11.2011 03.04.2013	SP-Fraktion Einführung von benutzungsfreundlichen erweiterten Öffnungs- und An- sprechzeiten für Arbeitsstellen mit intensivem Kontakt zu Bevölkerung und Gewerbe
NEIN		
POS 2012/000080	07.03.2012 03.04.2013	Regli Daniel und Sidler Bruno Reduktion der Kosten für die Produktion und den Versand der städtischen Publikationen
JA		
POS 2012/000445	28.11.2012 05.03.2014	Wolff Richard Sicherung der Werke bildender Künstlerinnen und Künstler und ihrer Nach- lässe sowie Regelung des Zugangs für die Öffentlichkeit
NEIN		
POS 2013/000330	18.09.2013 23.10.2013	SVP-Fraktion, CVP-Fraktion und FDP-Fraktion Verzicht auf eine nominale Erhöhung der Kulturausgaben bis zum Ende der Kulturleitbildperiode 2018
NEIN		
POS 2013/000396	13.11.2013 14.05.2014	Dubno Samuel und Garcia Isabel Verzicht auf die Legislatorschwerpunkte (LSP) des Stadtrats
JA		
POS 2014/000056	26.02.2014 22.10.2014	Küng Peter und Strub Jean-Daniel Eigener Termin für die Erneuerungswahlen des Stadt- und Gemeinderats
JA		
POS 2014/000109	02.04.2014 18.06.2014	Piller Bernhard und Leitner Verhoeven Andrea Erhalt des Literaturmuseums Strauhof
JA		
POS 2014/000119	09.04.2014 22.10.2014	Filli Peider und Abele Martin Berücksichtigung der vierten Landessprache Romanisch auf Veranstaltungs- plakaten, welche «Schweizerische» Ereignisse ankündigen
JA		



19 / 37

POS 2014/000264	27.08.2014 07.01.2015	Wyler Rebekka Gedenkanlass zum 70. Jahrestag des Kriegsendes
JA		
<u>Finanzdepartement:</u>		
POS 2002/000163	08.12.1999 15.05.2002	Schmid Ronald und Schüepp Jürg R. Parkierungsanlage Central, Errichtung durch eine private Trägerschaft
JA		
POS 2002/000444	30.10.2002 02.07.2003	Walther Rolf und Rosenheim Monjek Gebühren der Stadt Zürich, Bericht
NEIN		
POS 2002/000483	13.11.2002 09.03.2005	Bartholdi Roger und Liebi Roger Parkhäuser, Privatisierung
NEIN		
POS 2005/000503	30.11.2005 14.12.2005	Erfigen Monika und Liebi Roger Pensionskasse Stadt Zürich, Verringerung der Zinslast durch Kapitalaufnahme
NEIN		
POS 2009/000448	30.09.2009 22.12.2010	Wenger Christian und Brassler Ueli Wohnsiedlungen, sanfte Renovation statt Abbruch
JA		
POS 2012/000434	16.06.2010 21.11.2012	AL-Fraktion Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen (PWG), Ergänzung des Stiftungsreglements
NEIN		
POS 2010/000311	14.07.2010 29.09.2010	Frei Dorothea und Pflüger Severin Bericht über die Wohnsituation von Studierenden und in Ausbildung befindlichen Personen in der Stadt Zürich
JA		
POS 2010/000315	14.07.2010 21.11.2012	Tuena Mauro und Liebi Roger Beseitigung der Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten bei der Besteuerung von Personen, die der Quellenbesteuerung unterliegen gegenüber dem Rest der steuerpflichtigen Bevölkerung
JA		
POS 2010/000500	01.12.2010 06.04.2011	AL-Fraktion Besteuerung der FIFA in der Stadt und im Kanton Zürich
NEIN		
POS 2010/000511	08.12.2010 23.03.2011	Blöchlinger Patrick und Spiess Christoph Stabilisierung der IT-Ausgaben ab 2012
JA		



20 / 37

POS 2011/000261	06.07.2011 27.02.2013	Badran Jacqueline und Glättli Balthasar Auflösung des Baurechtsvertrags mit der FIFA im Sonnenberg
JA		
POS 2011/000337	14.09.2011 27.02.2013	Von Matt Hans Urs und Wyler Rebekka Prüfung eines Job-Sharings für gewählte Vollämter in der Stadt Zürich
JA		
POS 2011/000338	14.09.2011 27.02.2013	Badran Jacqueline und Graf Davy Erwerb der freiwerdenden Gebäude der kantonalen Polizei und Justiz für gemeinnützige Wohn- und Gewerbenutzungen
NEIN		
POS 2011/000377	05.10.2011 27.02.2013	Bär Linda und Badran Jacqueline Versand des Dankesbriefs für die Steuerleistung nach dem Zufallsprinzip oder Verzicht
NEIN		
POS 2011/000378	05.10.2011 27.02.2013	SP-Fraktion Rechnungen für Dienstleistungen Dritter, Einhaltung einer Zahlungsfrist von 30 Tagen
JA		
POS 2011/000379	05.10.2011 27.02.2013	SP-Fraktion Ausbau der elektronischen Dienstleistungen im Verkehr mit der Bevölkerung und dem Gewerbe
JA		
POS 2013/000107	28.03.2012 27.03.2013	Knauss Markus und Kisker Gabriele Kauf von Liegenschaften des Kantons und des Bundes in der Stadt Zürich zur Lösung der Raumprobleme der städtischen Dienstabteilungen
JA		
POS 2012/000175	18.04.2012 27.03.2013	Meier Daniel und Utz Florian Abgabe von städtischem Land nur für als Erstwohnsitz genutzten Wohnraum
NEIN		
POS 2012/000197	09.05.2012 23.05.2012	AL-Fraktion Stiftung PWG, Vermietung eines bestimmten Mindestanteils an Wohnungen an Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen sowie Vorlage eines Berichts über die erreichten Ziele
NEIN		
POS 2013/000108	13.06.2012 27.03.2013	Silberring Pawel und Fischer Renate Abgabe des Areals WO6502 in Wollishofen im Baurecht an eine Trägerschaft für den Bau eines Gewerbehäuses
JA		



21 / 37

POS 2013/000016	16.01.2013 13.11.2013	Küng Peter und Halser-Furrer Michèle Verzicht auf Investitionen in Firmen, welche Waffen produzieren oder damit handeln
NEIN		
POS 2013/000017	16.01.2013 13.11.2013	Utz Florian und Halser-Furrer Michèle Verzicht auf Rohstoffanlagen im Nahrungsmittelbereich
NEIN		
POS 2013/000415	27.11.2013 13.12.2013	Rechnungsprüfungskommission Überarbeitung des «Accounting Manuals», Präzisierung der Vorgaben für die Dienstabteilungen mit Globalbudget
JA		
POS 2013/000420	27.11.2013 11.12.2013	Angst Walter Definierung eines Budget-Plafonds für alle IT-relevanten Ausgaben der laufenden Rechnung
NEIN		
<u>Polizeidepartement:</u>		
POS 1999/000434	15.09.1999 29.11.2000	Mettler Christian und Schilter Armin Kreisswache 12, Verzicht auf die Schliessung an Wochenenden
JA		
POS 2000/000222	10.05.2000 21.03.2001	Tuena Mauro und Casparis Jürg 1. Mai, Verlegung des Festplatzes
JA		
POS 2000/000420	30.08.2000 20.09.2000	Rosenheim Monjek und Schmid Ronald Ausländerinnen und Ausländer, Massnahmenkatalog zur Verhinderung illegaler Anwesenheit
JA		
POS 2001/000232	09.05.2001 20.11.2002	Tuena Mauro und Casparis Jürg 1.-Mai-Fest, Verlegung des Standortes
JA		
POS 2004/000482	11.09.2002 08.09.2004	Liebi Roger und Schwyn Markus Vermummungsverbot, Durchsetzung
JA		
POS 2003/000099	19.03.2003 09.03.2005	im Oberdorf Bernhard Strassenverkehr, Durchsetzung der Rechtsgleichheit
NEIN		
POS 2005/000258	29.06.2005 13.07.2005	Amacker Bruno Central, manuelle Verkehrssteuerung
JA		



22 / 37

POS 2005/000343	31.08.2005 14.01.2009	Sidler Bruno und Hauri Theo Taxi-Standplatz Schulstrasse, Kompensation für die vorgesehene Aufhebung
JA		
POS 2005/000344	31.08.2005 14.01.2009	Sidler Bruno und Hauri Theo Schulstrasse, Erstellen eines Fussgängerstreifens
JA		
POS 2005/000453	09.11.2005 15.03.2006	Knauss Markus und Nielsen Claudia Hardbrücke, Auswertung der Sanierung für die künftige Verkehrsführung
NEIN		
POS 2006/000415	27.09.2006 29.09.2010	Bartholdi Roger und Stucker Rolf Velofahrverbot, Durchsetzung in den Fussgängerzonen
NEIN		
POS 2007/000106	07.03.2007 29.09.2010	im Oberdorf Bernhard und Bartholdi Roger Veloverkehr, Durchsetzung des Verbots auf Trottoirs
NEIN		
POS 2008/000033	16.01.2008 11.06.2008	Butz Marlène und Hirzel Astrid Rigiplatz, Erhalt bisheriger und Erstellen zusätzlicher Fussgängerstreifen
JA		
POS 2008/000142	26.03.2008 11.06.2008	Stucker Rolf und Garzotto Bruno Bootsvermietungen, Anzahl der Angebote
JA		
POS 2008/000157	02.04.2008 03.11.2010	Kuhn Rolf Rousseaustrasse, Senkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit
NEIN		
POS 2008/000159	02.04.2008 03.11.2010	Rykart Sutter Karin und Sarbach Martin Einbahnstrassen, Verbesserung der Signalisation für Radfahrende in der Gegenrichtung
JA		
POS 2008/000325	02.07.2008 03.11.2010	Feuillet Dominique und Probst Matthias Triemlistrasse und Letzigraben, Senkung der Höchstgeschwindigkeiten
JA		
POS 2008/000338	09.07.2008 08.12.2010	Bartholdi Roger und Liebi Roger Stadtpolizei, Fusspatrouillen im Langstrassenquartier
JA		
POS 2009/000330	08.07.2009 22.06.2011	Bartholdi Roger und Liebi Roger Überwälzung von Kosten für Polizeieinsätze nach Verursacherprinzip
NEIN		



23 / 37

POS 2010/000061	27.01.2010 19.09.2012	Bloch Süss Monika und Jüsi Bernhard Buslinie 66, Verbesserte Verkehrsführung an der Brandschenkestrasse in den Morgen- und Abendspitzenzeiten
JA		
POS 2010/000266	16.06.2010 12.01.2011	Utz Florian und Trevisan Guido Einführung von Tempo 30 auf der Strasse Am Wasser/ Breitensteinstrasse
NEIN		
POS 2011/000098	30.03.2011 24.10.2012	Bourgeois Marc und Trevisan Guido Ausschluss der Teilnahme von uniformierten Angehörigen der Stadtpolizei Zürich an politischen Versammlungen, Kundgebungen oder Propaganda
NEIN		
POS 2011/000159	18.05.2011 31.10.2012	Probst Matthias und Hug Christina Anpassung der Grünen Welle auf Hauptverkehrsachsen auf Tempo 20 km/h
JA		
POS 2011/000264	06.07.2011 31.10.2012	Probst Matthias und Schönbächler Marcel Versuchweise Einführung des Rechtsabbiegens für Velofahrende an ausgewählten Strassenkreuzungen
JA		
POS 2011/000265	06.07.2011 24.08.2011	Hagger Joachim und Jäger Alexander Automatisierung von Dienstleistungen für Parkplatzbenützer via Internet oder Mobiltelefon
NEIN		
POS 2011/000429	16.11.2011 30.01.2013	Wyler Rebekka Massnahmen zur Verhinderung von Velodiebstählen
JA		
POS 2011/000496	14.12.2011 25.01.2012	Steiner Kathy und Brander Simone Bericht über die Entwicklung des Prostitutionsgewerbes mit der neuen Prostitutionsgewerbeverordnung
<i>24. August 2016</i>		
<i>Abschreibung mit der Weisung GR Nr. 2015/151 am 24. August 2016</i>		
POS 2011/000503	21.12.2011 08.02.2012	Schönbächler Marcel und Weyermann Karin Verbesserung der Sicherheit durch die Anordnung neuer Fussgängerstreifen
JA		
POS 2012/000099	14.03.2012 30.01.2013	von Planta Gian und Trevisan Guido Einrichtung einer Begegnungszone mit Tempo 20 an der Regensdorferstrasse zwischen Brühlweg und Holbrigstrasse
NEIN		
POS 2012/000195	09.05.2012 30.01.2013	Küng Peter und Huber Patrick Hadi Verbesserung der Sicherheit für die Fussgängerinnen und Fussgänger an der Bullingerstrasse zwischen Herdernstrasse und Bullingerplatz
NEIN		



24 / 37

POS 2012/000285	04.07.2012 30.01.2013	Schönbächler Marcel Einrichtung eines Durchfahrverbots auf dem Marstallweg sowie Sperrung der Parkplätze der Berufsschule Reishauer ausserhalb der Schulzeit
JA		
POS 2012/000320	29.08.2012 12.09.2012	Schmid Michael und Egger Urs Verunreinigung und Beschädigung der Parkanlagen rund um das Seebe- cken, Anordnung von zweckmässigen Massnahmen
JA		
POS 2012/000329	05.09.2012 27.03.2013	Trevisan Guido und Dubno Samuel Temporäre Nutzung von Parkplatzflächen in Begegnungszonen oder an Strassen in Tempo-30-Zonen für die Bewirtung von Gästen während der Ferienzeit
JA		
POS 2012/000394	31.10.2012 27.03.2013	Trevisan Guido und Hüni Guido Verhinderung einer Weitervererbung oder einer Untervermietung von Schiff- standplätzen auf dem Gebiet der Stadt Zürich
JA		
POS 2013/000005	09.01.2013 23.01.2013	Straub Esther und Steiner Kathy Verkehrsberuhigende Massnahmen auf dem an das Areal Kronenwiese angrenzenden Teilstück der Kronenstrasse
JA		
POS 2013/000039	06.02.2013 27.03.2013	Sangines Alan David und Mariani Mario Fahrverbot auf dem Trottoir bei der Bushaltestelle des Bahnhofs Altstetten
NEIN		
POS 2013/000087	13.03.2013 27.03.2013	Bourgeois Marc und Lauber Tamara Casino Zürich, bessere Erschliessung mit Taxis
JA		
POS 2013/000393	13.11.2013 27.11.2013	Anhorn Ruth und Haller Margrit Verflüssigung des Verkehrs zu Stosszeiten auf der Hohlstrasse beim Altstet- terplatz
JA		
POS 2014/000020	22.01.2014 04.06.2014	SP-Fraktion, Grüne-Fraktion und GLP-Fraktion Bericht über die Umsetzung der Empfehlungen aus dem Mitwirkungsprozess «Verkehr Kreis 10»
NEIN		
POS 2014/000177	04.06.2014 18.06.2014	Regli Daniel und Bertozzi Roberto Parkplätze bei der Kirche Unterdorf in Zürich-Affoltern, Umwandlung in be- zahlte Parkplätze mit günstigen Tarifen
JA		



25 / 37

POS 2015/000286	02.09.2015 30.09.2015	Widmer Katharina und Richter Derek Warteliste für einen Bootsplatz in Zürich, bevorzugte Behandlung von Personen mit Wohnsitz in der Stadt
--------------------	--------------------------	---

NEIN

Gesundheits- und Umweltdepartement:

POS 2002/000332	11.09.2002 30.10.2002	SP-, FDP- und CVP-Fraktion Flugverkehr, Betriebsvarianten
--------------------	--------------------------	--

NEIN

POS 2005/000529	07.12.2005 21.12.2005	Jäger Alexander Eisenbahnbrücke zwischen Wipkingen und Industriequartier, Massnahmen gegen Lärmbelastung
--------------------	--------------------------	---

JA

POS 2009/000218	20.09.2006 27.05.2009	Girod Bastien und Probst Matthias Autofreier Tag, jährlich immer am 22. September
--------------------	--------------------------	--

JA

POS 2010/000075	03.02.2010 03.03.2010	Bloch Süss Monika und von Matt Hans Urs Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für das Personal der Zentralwäscherei Zürich (ZWZ)
--------------------	--------------------------	--

NEIN

POS 2011/000421	09.11.2011 21.08.2013	Ammann Jürg und Nagel Ueli Konzept für die Schaffung eines Senioreninnen- und Seniorenrats in der Stadt Zürich
--------------------	--------------------------	---

JA

POS 2013/000073	06.03.2013 20.03.2013	Hungerbühler Markus und Mariani Mario Vereinfachung und Optimierung der Bewilligungsverfahren in bestehenden Gebäuden
--------------------	--------------------------	--

JA

POS 2013/000086	13.03.2013 04.12.2013	Rykart Sutter Karin und Filli Peider Gesundheits- und Umweltdepartement, Aufbau eines Stellenpools mit Pflegefachkräften
--------------------	--------------------------	---

JA

POS 2013/000286	17.04.2013 21.08.2013	Esseiva Nicolas und Edelmann Andreas Ausrichtung von Risikobeiträgen im Rahmen der Abklärungen für Erschliessungsprojekte neuer Fernwärmeverbände
--------------------	--------------------------	--

NEIN

POS 2013/000287	17.04.2013 21.08.2013	Esseiva Nicolas und Edelmann Andreas Ausrichtung von Desinvestitionsbeiträgen beim Ersatz fossiler Heizungen durch erneuerbare Systeme
--------------------	--------------------------	---

10. Februar 2016

Abschreibung mit der Weisung GR Nr. 2015/277 am 10. Februar 2016



26 / 37

POS 2014/000392	03.12.2014 12.12.2014	Grüne-Fraktion Verschlechterung der Laufenden Rechnung bei den Alterszentren Zürich, Befreiung von der Pflicht zur kostendeckenden Arbeit oder Umsetzung ohne Qualitätseinbussen in der Betreuung
--------------------	--------------------------	--

JA

Tiefbau- und Entsorgungsdepartement:

POS 1996/000341	11.09.1996 08.01.1997	Tschopp Kurt und Schönbächler Robert Rosengartenstrasse, Erstellung einer Fussgängerüberführung
--------------------	--------------------------	--

JA

POS 1999/000168	14.04.1999 24.05.2000	Biedermann Silvia und Spring-Gross Monika Breitensteinstrasse/Am Wasser, Bau von beidseitigen Trottoirs
--------------------	--------------------------	--

JA

POS 2000/000590	06.12.2000 26.03.2003	Schilter Armin und Casparis Jürg Sihltiefstrasse, beschleunigte Realisierung des Tunnels
--------------------	--------------------------	---

JA

POS 2003/000370	01.10.2003 18.01.2006	Bartholdi Roger und im Oberdorf Bernhard Velowege, keine Erstellung auf Trottoirs
--------------------	--------------------------	--

NEIN

POS 2005/000405	05.10.2005 02.11.2005	Stucker Rolf und Tuena Mauro Hallenstadion, Standort für die Skulptur eines Eishockeyspielers
--------------------	--------------------------	--

JA

POS 2006/000209	31.05.2006 21.06.2006	Pauli Pascal und Leupi Daniel Einhausung der Autobahn in Schwamendingen, Bewegungs- und Gestal- tungsräume für Jugendliche und Kinder
--------------------	--------------------------	---

JA

POS 2006/000222	07.06.2006 14.05.2008	Seidler Christine und Mariani Mario Familiengärten, Ersatzstandorte
--------------------	--------------------------	--

NEIN

POS 2006/000457	25.10.2006 25.02.2009	im Oberdorf Bernhard und Wohler Bruno Einhausung der Autobahn in Schwamendingen, Integration der Grünzone
--------------------	--------------------------	--

JA

POS 2007/000248	09.05.2007 27.06.2007	Liebi Roger und Tuena Mauro Boulevard-Gastronomie, Gewährleistung unternehmerischer Freiheiten
--------------------	--------------------------	---

JA

POS 2007/000406	11.07.2007 30.09.2009	Leupi Daniel und Nielsen Claudia Sihl an der Lessingstrasse, Realisierung eines Stegs gemäss Richtplan
--------------------	--------------------------	---

NEIN



27 / 37

POS 2008/000078	30.01.2008 26.05.2010	von Matt Hans Urs und Wyler Rebekka Agnes-Robmann-Weg, Ausbau für den Veloverkehr
NEIN		
POS 2008/000109	05.03.2008 26.03.2008	Jäger Alexander Kehrichtheizkraftwerk (KHKW) Josefstrasse, Weiterbetrieb nach 2020
JA		
POS 2008/000183	16.04.2008 14.05.2008	Tognella Roger Autobahn SN 1.4.4, Verzicht auf Schliessung der Einfahrt Aubrugg
JA		
POS 2008/000300	25.06.2008 27.08.2008	Knauss Markus und Leupi Daniel Westtangente, Umsetzung flankierender Massnahmen
NEIN		
POS 2008/000396	03.09.2008 02.06.2010	Mariani Mario und Schönbächler Robert Wipkingerplatz, Aufwertung
NEIN		
POS 2010/000028	16.09.2009 13.01.2010	Käppeli Hans Jörg und Odermatt André Lückenlose Wegführung auf dem Velonetz um den Bahnhof Oerlikon
NEIN		
POS 2009/000425	23.09.2009 08.06.2011	SVP-Fraktion Sicherstellung der verfügbaren Anzahl Parkplätze gemäss Stand 1990
NEIN		
POS 2009/000561	25.11.2009 09.12.2009	Regli Daniel und Anderegg Peter Verkehrsplanung im Umfeld der Bahnübergänge in Zürich-Affoltern
JA		
POS 2009/000572	02.12.2009 09.12.2009	SP-Fraktion und Grüne-Fraktion Strasseninfrastruktur, Reduktion der Investitionen in Strasseninfrastruktur für den motorisierten Individualverkehr, verkehrsberuhigende Rückbauten von Strassen und Ausbau der Velowege
NEIN		
POS 2012/000404	08.09.2010 07.11.2012	Schönbächler Marcel und Mariani Mario Schütze-Areal, Umgestaltung in eine kinder- und familienfreundliche Parkanlage
<i>6. April 2016</i>		
<i>Abschreibung mit der Weisung 2015/322 am 6. April 2016</i>		
POS 2012/000359	29.09.2010 26.09.2012	CVP-Fraktion Escher-Wyss-Platz, Aufwertung durch eine einfache und kostengünstige Platzgestaltung
JA		
POS 2010/000457	03.11.2010 17.11.2010	Tuena Mauro und Wohler Bruno Bauschänzli, Verzicht auf die Pflanzung einer zusätzlichen Baumreihe
JA		



28 / 37

POS 2010/000458	03.11.2010 07.11.2012	Mariani Mario und Schönbächler Marcel Stadtbahn Limmattal, Verknüpfung mit dem Städtzürcher Tramnetz
NEIN		
POS 2011/000046	02.02.2011 07.11.2012	Bergmaier Guido und Scheck Roland Tiefbauamt, Ausführung der Baukosten bei allen öffentlichen Planaufgaben sowie den Baustellen-Infos
JA		
POS 2011/000055	02.03.2011 13.04.2011	SP-, Grüne-, GLP-, AL-Fraktion und parlamentarische Gruppe EVP Erarbeitung Masterplan Mobilität zur Erreichung der CO ₂ -Emissionsziele
NEIN		
POS 2011/000081	16.03.2011 30.03.2011	SP-, FDP-, Grüne-, CVP- und AL-Fraktion Realisierung eines durchgehenden Fusswegs zwischen dem Botanischen Garten und der Lenggstrasse
NEIN		
POS 2012/000405	06.04.2011 07.11.2012	Aubert Marianne und Käppeli Hans Jörg Haltestelle Klusplatz, benutzerfreundliche und behindertengerechte Gestaltung
NEIN		
POS 2011/000122	13.04.2011 29.06.2011	SP-, Grüne-, AL- und GLP-Fraktion Einhaltung der Bestimmungen des Landesmantelvertrags im Bauhauptgewerbe auf städtischen Baustellen
NEIN		
POS 2011/000123	13.04.2011 29.06.2011	SP-, Grüne-, AL- und GLP-Fraktion Einhaltung der Vorgaben und Empfehlungen des Bundes und der SUVA zum Schutz der Bauarbeiter auf städtischen Baustellen
NEIN		
POS 2011/000125	13.04.2011 21.09.2011	Dubno Samuel und Luchsinger Martin Aufhebung der Verlängerung des Zeltwegs und Aufwertung des Heimplatzes im Rahmen des Kunsthaus-Neubaus
NEIN		
POS 2011/000127	13.04.2011 07.11.2012	Jäger Alexander und Uttinger Ursula Winterdienst Stadt Zürich, Einschränkung des Streusalzverbrauchs
NEIN		
POS 2011/000202	08.06.2011 20.03.2013	Spiess Christoph und Blöchliger Patrick Ausbau des Velowegnetzes ohne Nachteile und Gefahren für die Fussgängerinnen und Fussgänger
NEIN		
POS 2011/000212	15.06.2011 20.03.2013	Aubert Marianne und Papageorgiou Kyriakos Einführung eines Kunststoff-Sammelsystems mit einem Recyclingkonzept
JA		



POS 2011/000335	14.09.2011 17.04.2013	Hagger Joachim und Jäger Alexander Errichtung eines automatischen, kostenpflichtigen Parkiersystems für Velos
NEIN		
POS 2011/000358	28.09.2011 17.04.2013	Probst Matthias Ausbau der Josefstrasse zur Haupt-Velo-Achse
JA		
POS 2011/000464	07.12.2011 17.04.2013	Di Concilio Salvatore Paradeplatz, Errichtung eines Trinkwasser-Brunnens
NEIN		
POS 2011/000468	07.12.2011 17.04.2013	Urben Michel und Schönbächler Marcel Realisierung einer Veloroute zwischen Sternen Oerlikon und der Tramstation Hirschwiesenstrasse
JA		
POS 2011/000477	07.12.2011 21.12.2011	Brander Simone Realisierung von Kapthaltestellen und einem Tempo 30-Regime im ganzen QUARZ-Bereich Nordbrücke unter vorläufiger Beibehaltung der heutigen Oberflächengestaltung der Nordbrücke
NEIN		
POS 2012/000068	29.02.2012 14.03.2012	Wepf Mirella und Manser Joe A. Entfernung oder Kürzung der Hecke auf der Seeseite des Utoquais
NEIN		
POS 2012/000103	14.03.2012 05.06.2013	Kälin Simon und Butz Marlène Sicherung des Fortbestands der Voliere am Mythenquai sowie Abgeltung der von den Volieren Mythenquai und Seebach erbrachten Dienstleistungen mittels Vergabe von Leistungsaufträgen an die Trägervereine
NEIN		
POS 2012/000154	04.04.2012 05.06.2013	von Matt Hans Urs und Wepf Mirella Realisierung einer direkten Veloroute von der Eichstrasse (Kehrplatz) zur rechtsseitigen Sihlpromenade Richtung City
NEIN		
POS 2012/000210	23.05.2012 05.06.2013	Aubert Marianne und Rothenfluh Gabriela Erstellung eines von der Fahrbahn abgesetzten Fuss- und Velowegs parallel zur Seebacherstrasse ab der Bahnunterführung bis zum Friedhof Schwandenholz
NEIN		
POS 2012/000213	23.05.2012 13.06.2012	Recher Alecs Schaffung einer durchgängig sicheren Verbindung für Radfahrende auf der Forchstrasse zwischen Rehalp/Stadtgrenze und Stadelhofen
NEIN		



30 / 37

POS 2012/000259	20.06.2012 04.07.2012	Käppeli Hans Jörg Haltestelle Sihlpost, Ausrüstung der Buskanten mit einem «Kasseler Sonderbord»
NEIN		
POS 2012/000483	12.12.2012 23.01.2013	Kisker Gabriele und Steiner Kathy Bau der Wohnsiedlung Herdernareal, Ersatz oder Kompensation der durch die Erweiterung der Bauzone verlorengene Grünfläche im Gebiet 1
JA		
POS 2013/000015	16.01.2013 27.11.2013	Aubert Marianne und Sangines Alan David Steigerung der Aufenthaltsqualität durch Erhöhung der Anzahl Sitzbänke
NEIN		
POS 2013/000070	06.03.2013 20.03.2013	Käppeli Hans Jörg und Schönbächler Marcel Optimierung der Buskanten bei der Haltestelle Hardbrücke
NEIN		
POS 2013/000100	20.03.2013 03.04.2013	Altinay Petek und Seidler Christine Beleuchtung des Wegs auf der Klopstockwiese
JA		
POS 2013/000135	10.04.2013 12.06.2013	Hagger Joachim und Piller Bernhard Entlastung bei den einmaligen Konzessionsgebühren bei Gebäuden, die energetisch saniert werden und öffentlichen Raum beanspruchen
NEIN		
POS 2013/000153	17.04.2013 03.07.2013	SP-Fraktion, Grüne-Fraktion, GLP-Fraktion und AL-Fraktion Führung der Velos bergwärts über die Nansenstrasse/Edisonstrasse statt über die Ohmstrasse
JA		
POS 2013/000167	15.05.2013 27.11.2013	Knauss Markus und Probst Matthias Anpassung der Randabschlüsse bei Veloführungen über Trottoirs
NEIN		
POS 2013/000186	22.05.2013 27.11.2013	Probst Matthias und Knauss Markus Prüfung einer Begegnungszone auf dem Strassenabschnitt der Kasernenstrasse zwischen Gessner-Brücke und Hauptbahnhof sowie der Postbrücke
JA		
POS 2013/000301	22.05.2013 04.09.2013	Kisker Gabriele und Würth Eva-Maria Areal Dunkelhölzli, Ausarbeitung eines Projektkredits, der sämtliche Kosten der Nutzung der umgezonten Fläche miteinbezieht
NEIN		
POS 2013/000335	25.09.2013 02.10.2013	SP-Fraktion, Grüne-Fraktion, GLP-Fraktion und AL-Fraktion Strassenprojekt Allmendstrasse, Verbreiterung der Velostreifen ohne Ausweitung der Fahrbahnbreite
JA		



31 / 37

POS 2014/000125	16.04.2014 09.07.2014	Sangines Alan David und Rothenfluh Gabriela Kennzeichnung des FKK-Bereichs auf der Werdinsel
JA		
<u>Hochbaudepartement:</u>		
POS 2002/000123	10.04.2002 13.11.2002	Fiala Doris und Walther Rolf Bahnhofbrücke-Mühlesteig, Verbesserung der städtebaulichen Situation
NEIN		
POS 2004/000497	15.09.2004 29.09.2004	Tognella Roger und 20 Mitunterzeichnende Submissionsverordnung, Nutzung des Spielraums bei der Vergabe städtischer Aufträge an KMU
NEIN		
POS 2005/000026	26.01.2005 09.02.2005	Grüne-Fraktion und AL-Fraktion Neubau Stadion Letzigrund, Abnahmegarantie für die Solarstromanlage
JA		
POS 2006/000071	08.03.2006 02.11.2007	Seliner Emil und Seidler Christine Gestaltungspläne und Sonderbauvorschriften, Planungsgewinne
NEIN		
POS 2007/000285	23.05.2007 15.09.2010	Leiser Albert und Jäger Alexander Bauten der Stadt Zürich, Realisierung nach der LCC-Methode
JA		
POS 2010/000483	16.01.2008 17.11.2010	Garzotto Bruno und Sidler Bruno Papierwerd-Areal, Projektierungskredit
JA		
POS 2008/000502	05.11.2008 14.01.2009	Scherr Niklaus Entwicklungsplanungen für SBB-Areale, Planungsmoratorium
NEIN		
POS 2009/000022	05.11.2008 14.01.2009	Scherr Niklaus Projekt Räumliche Entwicklungsstrategie (RES), Vorlage einer Weisung
JA		
POS 2009/000023	05.11.2008 14.01.2009	Scherr Niklaus Offene Planung für SBB-Areale, Vorlage einer Weisung
NEIN		
POS 2008/000524	19.11.2008 06.07.2011	Bergmaier Guido und Wohler Bruno Offene Radrennbahn Oerlikon, Sistierung von Planungsarbeiten
JA		



32 / 37

POS 2009/000158	06.05.2009 11.12.2009	FDP-Fraktion Prüfung einer Zusammenlegung von Immobilien-Bewirtschaftung IMMO und Liegenschaftenverwaltung des Finanzvermögens
JA		
POS 2012/000287	17.06.2009 04.07.2012	Pflüger Severin und Meier Daniel Seerestaurant im Bereich des oberen Seebeckens
JA		
POS 2009/000592	09.12.2009 29.08.2012	Recher Aleks und Rykart Sutter Karin Quartierinfrastruktur im Kreis 5
<i>6. April 2016</i>		
<i>Abschreibung mit der Weisung 2015/322 am 6. April 2016</i>		
POS 2009/000601	16.12.2009 13.01.2010	Wohler Bruno und Wyss Thomas Einhausung N 1.4.4 Schwamendingen, Erlass von verbindlichen Planungsrichtlinien
JA		
POS 2010/000034	20.01.2010 16.12.2011	Seidler Christine Soziale Nachhaltigkeit auf Quartier- oder Siedlungsebene, Erarbeitung von Leitbildern
NEIN		
POS 2011/000176	25.05.2011 15.06.2011	Baumer Michael und Steger Heinz F. Erstellung eines neuen Verwaltungszentrums zur Zentralisierung der Verwaltung
JA		
POS 2011/000405	02.11.2011 13.03.2013	Trottmann Maria Einbezug der Quartierbevölkerung bei der Beplanung des Areals Kehricht- heizkraftwerk Josefstrasse
NEIN		
POS 2012/000442	28.11.2012 09.01.2013	FDP-Fraktion Auflistung der ökologischen, energetischen und wirtschaftlichen Vor- und Nachteile verschiedener Gebäudestandards bei der Erstellung sowie beim Betrieb eines Bauobjektes
JA		
POS 2012/000463	05.12.2012 14.12.2012	Angst Walter Errichtung eines verwaltungsinternen Baucontrollings ausserhalb der mit Hochbauprojekten befassten Dienstabteilungen
JA		
POS 2013/000019	16.01.2013 06.02.2013	Wolff Richard Aufgabe des Mietobjektes Tödistrasse nach Ablauf des festen Mietvertrags mit der SIAT im März 2018
NEIN		
POS 2013/000067	06.03.2013 23.10.2013	Sangines Alan David und Graf Davy Quartierplatz Grünau, Verzicht auf die Aufhebung des Wasserbeckens
JA		



33 / 37

POS 2013/000110	27.03.2013 23.10.2013	Wolff Richard Kunstsammlung der Stadt, verbesserter Zugang für die Öffentlichkeit
NEIN		
POS 2013/000258	03.07.2013 10.07.2013	Nabholz Ann-Catherine und Steger Heinz F. Geschäfts- und Wohnhaus Schwamendingenstrasse 10, Prüfung eines kostengünstigeren Standorts nach Ablauf des Mietvertrags 2018
JA		
POS 2013/000294	28.08.2013 23.10.2013	Kälin Simon und Bosshard Gerhard Gewölbe der Katzbastion, Gewährleistung der öffentlichen Zugänglichkeit
JA		
POS 2013/000377	06.11.2013 29.01.2014	Grüne-Fraktion Zuwachs an Schülerinnen und Schülern, Schaffung planerischer Grundlagen für die Sicherung des benötigten Schulraums
NEIN		
POS 2013/000391	13.11.2013 20.11.2013	Grüne-Fraktion Platzierung der ZM-Pavillons ohne Beeinträchtigung der Freihaltezonen und der von Schülerinnen und Schülern genutzten Freiflächen
NEIN		
POS 2013/000394	13.11.2013 04.12.2013	Tognella Roger und Steger Heinz F. Bedingungen für Arbeiten und Lieferungen zu Hoch- und Tiefbauten der Stadtverwaltung, Anpassung des Staffelrabatts auf Regearbeiten im Hoch- und Tiefbau
JA		
POS 2014/000106	02.04.2014 09.04.2014	Hug Christina und Strub Jean-Daniel Ersatzneubau der Turnhalle auf dem Gelände des Schulhauses Hofacker, Erhalt der Grösse des nutzbaren Aussenraums
JA		
POS 2014/000204	18.06.2014 12.11.2014	GLP-Fraktion Anpassung der Bauplanung des Polizei- und Justizentrums (PJZ) mit dem Ziel der Freigabe des gesamten Kasernenareals für die Stadtbevölkerung
NEIN		
POS 2014/000393	03.12.2014 28.01.2015	Huber Patrick Hadi und Knauss Markus Umnutzung des Schulhauses Hohl, Aufrechterhaltung des bestehenden Pausenplatzes sowie der bestehenden Verbindung zwischen den Schulhäusern Kern und Brauer zum Queren und zum Spielen
JA		
POS 2015/000082	18.03.2015 21.10.2015	Sobernheim Sven und Baumann Markus Einführung von «Shared-Desk»-Arbeitsplätzen anstelle von persönlichen Arbeitsplätzen an den neuen Verwaltungsstandorten
JA		



Departement der Industriellen Betriebe:

POS 2000/000548	15.11.2000 21.05.2003	Savarioud Marcel Schwamendingen, Verlängerung der Tramlinie 9 bis Bahnhof Stettbach
NEIN		
POS 2001/000007	10.01.2001 21.05.2003	Zimmermann Markus und 7 Mitunterzeichnende Westtangente, Einrichtung einer Busspur zwischen Escher-Wyss-Platz und Bucheggplatz
NEIN		
POS 2004/000671	15.12.2004 18.06.2008	Käppeli Hans Jörg und Maeder Kurt VBZ-Haltestelle Sternen Oerlikon, Erneuerung und Aufwertung
JA		
POS 2007/000054	31.01.2007 28.02.2007	im Oberdorf Bernhard und Hauri Theo Tramverkehr, rücksichtsvolle Fahrweise
JA		
POS 2008/000144	26.03.2008 16.04.2008	Mariani Mario und Rabelbauer-Pfiffner Claudia Zollfreilager-Areal Flurstrasse/Rautistrasse, Anbindung an den öffentlichen Verkehr
NEIN		
POS 2009/000058	04.02.2009 04.03.2009	Schwendener Thomas und Hauri Theo VBZ-Linie 62, Verbesserung der Streckenführung
JA		
POS 2009/000068	25.02.2009 11.03.2009	Mariani Mario und Widler Josef VBZ-Buslinie 67, Verlängerung über Schmiede Wiedikon hinaus
JA		
POS 2009/000257	10.06.2009 19.08.2009	Savarioud Marcel und Makwana-Boss Elisabeth Expressbus-Verbindung vom Bahnhof Stettbach zum Zoo
NEIN		
POS 2009/000449	30.09.2009 27.06.2012	Aeschbach Christian und Hug Christina Direkte Verbindung des öffentlichen Verkehrs zwischen Burgwies, der Eierbrecht und dem Einkaufszentrum Witikon
JA		
POS 2010/000390	15.09.2010 06.03.2013	Bär Linda und Utz Florian Gültigkeitsbereich des «Gleis 7»- Abonnements, Ausdehnung auf das Netz der VBZ
JA		
POS 2011/000107	06.04.2011 06.03.2013	Käser Philipp und Luchsinger Martin Einsatz von Hybridbussen auf dem Netz der VBZ
JA		



35 / 37

POS 2013/000218	18.05.2011 12.06.2013	Bürlimann Martin und Hüssy Kurt Einführung von Schnellbussen zwischen den stadtzürcher Aussenquartieren und dem Hauptbahnhof
--------------------	--------------------------	---

NEIN

POS 2011/000465	07.12.2011 12.06.2013	Hochreutener Andrea und Nüssli-Danuser Andrea Angebotsverbesserungen für die Aussenquartiere, die nur mit einer öV-Linie an das Stadtnetz angeschlossen sind
--------------------	--------------------------	---

NEIN

POS 2012/000176	18.04.2012 18.09.2013	Rabelbauer-Pfiffner Claudia und Mächler Martin Personalrecht der Stadt Zürich, Anpassung des Qualifikationssystems für die Fahrdienstmitarbeitenden der VBZ
--------------------	--------------------------	--

JA

POS 2013/000137	10.04.2013 12.06.2013	Blöchlinger Patrick und Spiess Christoph Wasserrohrbruch an der Uetlibergstrasse, Entschädigung der betroffenen Mieterinnen und Mieter
--------------------	--------------------------	---

JA

Schul- und Sportdepartement:

POS 2010/000225	26.05.2010 05.09.2012	Liebi Roger und Regli Daniel Umsetzung des Unterrichtsfachs «Mensch und Umwelt» an den Volksschulen
--------------------	--------------------------	--

JA

POS 2012/000421	14.11.2012 02.10.2013	Pflüger Severin und Hänni-Etter Cäcilia Schülerinnen und Schüler mit einer sonderpädagogischen Fördermassnahme, vermehrte Förderung in Gruppen
--------------------	--------------------------	---

JA

POS 2012/000422	14.11.2012 02.10.2013	Hänni-Etter Cäcilia und Pflüger Severin Massnahmen gegen die Kostensteigerungen im Bereich der sonderpädagogischen Förderung
--------------------	--------------------------	---

JA

POS 2013/000018	16.01.2013 06.11.2013	Haller Margrit und Anhorn Ruth Wiedereinführung der Einschulungsklassen (Kleinklasse A)
--------------------	--------------------------	--

JA

POS 2013/000050	27.02.2013 13.03.2013	Uttinger Ursula und Strub Jean-Daniel Musikschule Konservatorium Zürich, Verzicht auf die Rezertifizierungen
--------------------	--------------------------	---

NEIN

POS 2013/000303	04.09.2013 06.11.2013	Brander Simone und Nüssli-Danuser Andrea Teilnahme der Zürcher Schulen an der Aktion «bike2school»
--------------------	--------------------------	---

JA



Sozialdepartement:

POS 2005/000511	30.11.2005 05.12.2007	Liebi Roger und Tuena Mauro Drogenpolitik, abstinenzorientierte Botschaft
--------------------	--------------------------	--

JA

POS 2008/000020	16.01.2008 04.06.2008	Liebi Roger und Bartholdi Roger Sozialarbeitende, Ausbau der Kontakte zur Klientel
--------------------	--------------------------	---

JA

POS 2010/000465	10.11.2010 01.12.2010	Rutherford Catherine Erhöhung des städtischen Beitrags an den Verein Fachstelle für Schuldenfragen
--------------------	--------------------------	---

JA

POS 2011/000047	02.02.2011 03.10.2012	Bergmaier Guido und Schlatter Hedy Überprüfung der neu lancierten Projekte, Angebote und Engagements im Sozialbereich
--------------------	--------------------------	--

JA

POS 2012/000236	06.06.2012 20.06.2012	Schwendener Thomas und Regli Daniel Massnahmen zur Verbesserung der Informationspolitik im Zusammenhang mit der geplanten Unterbringung von Asylsuchenden sowie frühzeitige Mitteilung vorgesehener Standorte für Asylzentren der AOZ
--------------------	--------------------------	--

NEIN

POS 2014/000082	17.04.2013 19.03.2014	Garcia Isabel und Wiesmann Matthias Einführung einer Jugend-Initiative als Instrument für die Mitwirkung von Jugendlichen am politischen Prozess
--------------------	--------------------------	---

NEIN

POS 2013/000395	13.11.2013 11.06.2014	Tognella Roger und Frei Dorothea Einrichtung des Schwamendinger «Kinderhuus» in der städtischen Liegenschaft an der Friedrichstrasse 9 unter Nutzung der Synergien zwischen den bestehenden Institutionen und Angeboten
--------------------	--------------------------	--

NEIN

7. Antrag und Schlussabstimmung

Antrag des Stadtrats

Der Geschäftsbericht der Stadt Zürich für das Jahr 2015 (Beilage, Fassung vom April 2016) wird abgenommen.

Referent zur Vorstellung des Berichts: Präsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Änderungsantrag

Die Mehrheit der GPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der GPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Geschäftsbericht der Stadt Zürich für das Jahr 2015 (Beilage, Fassung vom April 2016) wird **mit Ausnahme des Berichts von «Entsorgung und Recycling Zürich» (ERZ-TED)** abgenommen.

Mehrheit: Maleica Landolt (GLP), Referentin; Präsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Walter Anken (SVP), Renate Fischer (SP), Urs Helfenstein (SP), Michael Schmid (FDP), Claudia Simon (FDP), Jonas Steiner (SP)
Minderheit: Michail Schiwow (AL), Referent
Enthaltung: Simon Kälin (Grüne)
Abwesend: Vizepräsidentin Christine Seidler (SP)

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Maleica Landolt (GLP), Referentin; Renate Fischer (SP), Urs Helfenstein (SP), Michael Schmid (FDP), Claudia Simon (FDP), Jonas Steiner (SP)
Minderheit: Präsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent; Walter Anken (SVP), Michail Schiwow (AL)
Enthaltung: Simon Kälin (Grüne)
Abwesend: Vizepräsidentin Christine Seidler (SP)

Für die Geschäftsprüfungskommission

Präsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)
Sekretär Gregor Bucher

Zürich, 5. September 2016